

Grenzverschiebungen des Kapitalismus

Umkämpfte Räume und Orte des Widerstands

Bearbeitet von

Anne Barron, Thomas Barth, Karina Becker, Michael Beetz, Peter Bescherer, Ulf Bohmann, Manuela Bojadzijev, Ulrich Brinkmann, Susanne Draheim, Thomas Engel, Lars Gertenbach, Stefanie Graefe, Jens Hälterlein, Hajo Holst, Cornelia Koppetsch, Henning Laux, Oliver Nachtwey, Matthias Neis, Tilman Reitz, Vera Trappmann, Silke van Dyk

1. Auflage 2010. Taschenbuch. 384 S. Paperback

ISBN 978 3 593 39150 2

Format (B x L): 14 x 21,3 cm

[Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Politische Kultur > Politische Soziologie und Psychologie](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Grenzverschiebungen des Kapitalismus

Einleitung

Karina Becker, Lars Gertenbach, Henning Laux und Tilman Reitz

1. Krise des Kapitalismus?

Nach dem Ausbruch der globalen Finanzkrise schienen die Zeiten für Kapitalismuskritik günstig: Allerorten war zu hören, dass die Tage des neoliberalen Marktradikalismus gezählt seien, die Forderung nach »mehr Markt und Selbstregulation« klang angesichts des Ausmaßes der Krise wie das naive Motto einer vergangenen Zeit. Gab es vor dem Beinahe-Kollaps der Finanzmärkte, wenn man der vorherrschenden Politik glaubte, keine Alternative zu Freihandel, Standortkonkurrenz und der Ökonomisierung des Sozialen, überstürzten sich jetzt Forderungen nach staatlichen Eingriffen und rekordverdächtige Eilzustellungen von Rettungspaketen. Konnte es davor kaum schnell genug gehen mit der Ausweitung marktförmiger Logik, schien nun ausgemacht, dass der Markt wieder staatlich »gebändigt«, »kontrolliert«, »beaufsichtigt« und »reguliert« werden muss, um seine Eigen-dynamik nicht zu sehr von der Gesellschaft zu entkoppeln.

Weshalb also nicht weiter gehen, solange der kritische Moment anhält? Wenngleich sich die politische Krisenverarbeitung in der Logik eines »Bastard-Keynesianismus« (Robinson 1974) erschöpft, der vom originären Linkskeynesianismus weit entfernt ist (Schui 2009), sind im Windschatten des zurückkehrenden Staates auch kapitalismuskritische Konzeptionen erneut in die (mediale) Öffentlichkeit gelangt. In jedem Fall herrscht weitgehend Einigkeit, dass die ökonomische Krise strukturelle Ursachen hat, die nicht mit der personalisierenden Kritik bestimmter Berufsgruppen beseitigt sind. Statt einzelner Manager waren es häufig Züge des kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftssystems insgesamt, die in den Parteien und Gazetten attackiert wurden. *Die Zeit* diagnostizierte den »Ruin des kapitalistischen Heilsversprechens« (25.9.08), die *Süddeutsche Zeitung* plazierte ihre Serie zum »Kapitalismus in der Krise« ausgerechnet im liberalistischen Wirtschaftsteil, ein Bischof namens Marx hat ein mahnendes Buch über

das Kapital veröffentlicht, Ökonomen, Philosophen und Soziologen fordern ein radikales Umdenken. Es sieht mithin so aus, als böte das bewährte Zusammenspiel von Krise und Kritik gegenwärtig ungeahnte Chancen.

Ein genauerer Blick ins publizistische und politische Feld relativiert diesen Eindruck jedoch rasch – und das nicht erst seit dem Wahlsieg der FDP, in dem man zur Not noch die Angst vor einer »sozialistischen« Krisenbewältigung erkennen könnte. Denn einerseits hatte die neue Kapitalismuskritik zumindest in Deutschland bereits vor dem Ausbruch der Krise einen Höhepunkt erreicht; ihren Hintergrund bildeten steigende Staatseinnahmen, die Erfolge der Linkspartei und der anti-neoliberale Impuls der Bundestagswahl 2005. Andererseits haben sich seit dem Sommer 2008 die Spielräume für politische Phantasie eher verengt. Die Agenda ist – nicht nur in Deutschland – von der hektischen Rettung und Renovierung kapitalistischer Profitwirtschaft dominiert. Eine wirkliche Debatte über ihren Umbau oder ihre Eingrenzung findet nicht statt. Ob mit Hayek und Friedman oder wieder mit Keynes beziehungsweise erhöhten Staatsausgaben, einstweilen behält Jacques Rancière's Beobachtung ihre Gültigkeit:

»Vom als überkommen erklärten Marxismus übernimmt der als herrschend angenommene Liberalismus das Thema der objektiven Notwendigkeit, die mit den Zwängen und Launen des Weltmarkts gleichgesetzt wird. [...] Die absolute Gleichsetzung der Politik mit der Verwaltung des Kapitals ist nicht mehr das beschämende Geheimnis, das die ‚Formen‘ der Demokratie maskieren würden, sie ist die erklärte Wahrheit, mit der sich unsere Regierungen legitimieren.« (Rancière 2002: 122)

Die Fortdauer dieser »post-politischen« beziehungsweise »post-demokratischen« (vgl. Crouch 2008; Rancière 1997) Konstellation legt nahe, dass der Neoliberalismus keineswegs endgültig abgetreten ist; unterhalb der großen Erklärungen, auf der Gesetzes- und Verwaltungsebene wirkt er weiter, und als Arbeitsgrundlage hat er der Politik eine permanente Krise vererbt, auf die realpolitisch jeweils *ad hoc* und ohne langfristige Veränderungsperspektiven zu reagieren ist. Die Aufgabe einer engagierten Sozialwissenschaft könnte demgegenüber genau darin liegen, ihre nicht erst 2008 begonnenen Kapitalismusanalysen und -kritiken zu solchen Perspektiven zusammenzuführen.

2. Dynamik und Grenzen kapitalistischer Vergesellschaftung

Jenseits der unmittelbaren politischen Reaktionen dürfte die Wirtschaftskrise für viele Beobachterinnen deutlich gemacht haben, wie dynamisch kapitalistische Vergesellschaftung ist. Ökonomische Gleichgewichtstheorien, wie sie zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts kursierten und die Nachkriegszeit beherrschten, sind zwar immer noch von keinem anderen Paradigma abgelöst, erscheinen jedoch zunehmend illusorisch und seltsam steril angesichts der krisenhaften Dynamik der immer globaleren Geld- und Warenströme, der ständigen Ausweitung, Neuschaffung und Vernichtung von Märkten. Haltbar scheinen nur Ansätze, die am Kapitalismus dessen konstitutive Dynamik betonen – sei es affirmativ in der Lobpreisung des Unternehmerischen und Kreativen (vgl. etwa Hayek 1968, Kirzner 1978) oder kritisch in der Betonung der blindwüchsigen und exzesshaften Logik des sich selbst verwertenden Kapitals (vgl. Marx, MEW 23: 618, Žižek 2003: 106ff.). Die zentrale Bewegungsform ist dabei eine der ständigen Expansion. Als Phänomen ist sie kaum zu übersehen; man findet sie in den Erfolgsgeschichten der Konzerne und *Start-Ups* ebenso wie im offenbar alternativlosen Ziel volkswirtschaftlichen Wachstums, das bereits verringerte Zuwachsralten als Notstand erscheinen lässt. Stark umstritten sind dagegen die Gründe oder »Gesetze« des Wachstums. Die Marxschen und marxistischen Thesen zur Ausbeutung von Arbeitskraft, Akkumulation von Kapital, Erhöhung von Produktivität und fortgesetzten Erschließung neuer Märkte haben dabei den Vorteil der Prägnanz; über wichtige Punkte wie die Bedeutung nichtkapitalistischer Räume herrscht allerdings auch innerhalb dieses Lagers Uneinigkeit. Bereits die Feststellung einer expansiven Dynamik führt jedoch auf unser Thema: die variablen und verschiebbaren »Grenzen des Kapitalismus«.

Sie bilden offenkundig eine der strukturellen Dimensionen der gegenwärtigen Krise. Zum einen wirft diese Krise erneut die Frage der notwendigen (staatlichen oder gesellschaftlichen) *Begrenzung* des Kapitalismus auf, und zum anderen lässt sich die kapitalistische Expansionsdynamik als stete *Grenzüberschreitung* begreifen, die in der Regel krisenhaft wieder eingeholt, zurückgenommen oder reguliert wird. Angesichts der exzessiven Logik des Kapitalismus und der zahlreichen regulierenden Maßnahmen wird jedoch auch deutlich, dass sich solche Grenzen nicht immer problemlos ausfindig machen oder definieren lassen: sie sind nicht nur abhängig von der jeweiligen Regulationsweise des Kapitalismus, sondern auch von politischen

Kräfteverhältnissen und spezifischen Formen des Widerstands. In der Geschichte der Kapitalismuskritik wurde der konstitutive Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Grenze auf mindestens drei Weisen begrifflich gefasst:

Erstens lassen sich *äußere* Grenzen benennen, die sich aus der expansiven Dynamik des Kapitalismus herleiten lassen und auf die stete Ausweitung seiner Logik verweisen (vgl. Marx, MEW 25: 255). In der Geschichte der Kapitalismuskritik spielte dies etwa eine Rolle in den Überlegungen zur so genannten »ursprünglichen Akkumulation«, in der Krisentheorie Rosa Luxemburgs, den Debatten um die Beziehung zu anderen, vor- und nicht-kapitalistischen Wirtschaftsformen sowie den Entwicklungspolitischen Dependenz-Diskussionen der siebziger Jahre (die nicht zufällig die Thesen der »ursprünglichen Akkumulation« wieder aufgriffen). Hier erscheint der Kapitalismus als im Wesentlichen expansive und kolonialisierende Kraft, die in verschiedenen Prozessen der Landnahme beständig ihre Grenzen nach außen erweitert.

Zweitens werden auch die *innergesellschaftlichen* Grenzen des Kapitalismus diskutiert. Sie sind spätestens seit der erstmaligen Positivierung einer eigengesetzlichen und gegenüber dem Staat deutlich abgegrenzten Sphäre des Marktes bei den Physiokraten und im klassischen Liberalismus ein Thema – und bereits zu dieser Zeit streitet man darum, wie weit sich der legitime Einflussbereich des Marktes erstreckt. Seine notwendige Eingrenzung beziehungsweise »Einbettung« hat besonders deutlich Polanyi betont. Die fraglichen Grenzen zeigen sich aber etwa auch in der Entgegenseitung von System und Lebenswelt bei Habermas, seiner These einer »Kolonialisierung« der letzteren und den vielfältigen Diskussionen um die notwendige kulturelle »Anbindung«, »Ethik« oder »Moralisierung« kapitalistischen Wirtschaftshandelns.

Drittens wurden immer wieder Debatten um die *historischen* Grenzen des Kapitalismus geführt. Prominente Diskussionen um die immanrenten Schranken dieser Produktionsweise machen sich am »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate« fest; eine andere, eher voluntaristische Version bildet die Vorstellung einer finalen Beendigung des Kapitalismus durch den Kampf der Arbeiterbewegung; in jüngerer Zeit wurden hier vor allem die ökologisch begriffenen »Grenzen des Wachstums« zum Thema.

Das Erscheinungsbild des gegenwärtigen Kapitalismus wird besser verständlich, wenn man diese Traditionslinien bündelt. Man kann dann sagen, dass die weltweit durchgesetzte kapitalistische Wirtschaftsform mit dem

Wegfall ihrer äußereren Grenzen zu kämpfen hat, darauf durch »innere Landnahme« (Lutz 1984) in immer neuen Lebensbereichen reagiert, (auch) dabei jedoch immer wieder an historisch konkrete Schranken des Profitablen oder Akzeptablen stößt. Als Rosa Luxemburg festhielt, dass der auf immer weitere Ressourcen, Absatzmärkte und Arbeitskräfte angewiesene Kapitalismus nur im »Austausch« mit »nichtkapitalistischen Produktionsformen« operationsfähig ist (W 5: 308), konnte sie – zur Zeit des Imperialismus – noch voraussetzen, dass solche Produktionsformen faktisch im größeren Teil der Welt vorherrschten. Sie hatte jedoch bereits im Blick, dass dies kein dauerhafter Zustand des expansiven Systems sein würde.

»Wenn der Kapitalismus also von nichtkapitalistischen Formationen lebt, so lebt er, genauer gesprochen, vom Ruin dieser Formationen, und wenn er des nichtkapitalistischen Milieus zur Akkumulation unbedingt bedarf, so braucht er es als Nährboden, auf dessen Kosten, durch dessen Aufsaugung die Akkumulation sich vollzieht.« (Ebd.: 363)

Man könnte meinen, dass der Aufsaugungsprozess inzwischen weltweit nahezu abgeschlossen ist. Doch das Resultat ist bekanntlich nicht die einsichtige Notwendigkeit der sozialistischen Revolution. Es sieht vielmehr so aus, als habe der Kapitalismus Möglichkeiten gefunden, auch anders als durch äußere Kolonial- und Freihandelspolitik zu expandieren: eben durch die intensivierte Vermarktlichung von Lebensvollzügen, sozialen Strukturen und öffentlichen Institutionen innerhalb der bereits kapitalistisch organisierten Gesellschaft. Die »Kolonialisierung der Lebenswelt« bekommt in diesem Zusammenhang einen unmittelbar ökonomischen Sinn. In der nachfordistischen und (erst recht) postsozialistischen Zeit wurden unter anderem Post und Bahn, Forschung und Lehre, Organisationsstrukturen, Kommunikationsformen, Netzwerke, Selbstorganisation, Subjektivität, Kreativität, religiöse Erfahrungen, Umweltbewusstsein, politische Profile, Gegenkultur und Traditionspflege für kapitalistische Verwertung erschlossen. Die bekannte moralische Klage, dass alles käuflich ist, darf durch das Staunen darüber ergänzt werden, was alles profiträchtig produziert und eingesetzt werden kann.

Unser Band betrachtet vor diesem Hintergrund genauer, wie die innergesellschaftlichen Grenzen des Kapitalismus verschoben werden – bis zu den »innersten« Grenzen, die durch die Individuen und die kulturellen Deutungsmuster hindurch verlaufen. Bereits vor der Krise, also in einer Phase scheinbar schrankenloser kapitalistischer Expansion, wurden analytische Mittel entwickelt, um kapitalistische Grenzverletzungen zu begreifen.